Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 422. **Sonnabend** den 19. August 1893. 87. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag, den 20. August,
Vormittags nur bis ½9 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die diesjährige Michaelismesse beginnt am **25. September** und endet am **14. October.**

Während dieser 3 Wochen können alle in- und **ausländischen** Handelsleute, Fabrikanten und Gewerbtreibenden ihre Waaren hier öffentlich feilbieten.

Der Großhandel darf jedoch bereits in der am 18. September beginnenden sogenannten **Vorwoche in der bisher üblichen Weise betrieben werden** und ist in dieser Woche auch das **Auspacken** der Waaren sämmtlichen Inhabern von Meßlocalen in den Häusern, wie vor Buden und Ständen gestattet.

Zum Einpacken ist das Offenhalten der Meßlocale **in den Häusern** auch in der Woche nach der Zahlwoche erlaubt.

Jede frühere Eröffnung, sowie jedes längere Offenhalten eines solchen Verkaufslocales, ebenso das **vorzeitige Auspacken** an den Ständen und in den Buden wird, außer der **sofortigen Schließung** jedesmal, selbst bei der ersten Zuwiderhandlung mit einer Geldstrafe bis zu 75 ℳ oder entsprechender Haft geahndet werden.

Auswärtigen Spediteuren ist von der hauptzollamtlichen Lösung des Waarenverschlusses an bis Ende der Woche nach der Zahlwoche das Speditionsgeschäft hier gestattet.

Leipzig, den 17. August 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 3556. Dr. Georgi. Wagner.

Bekanntmachung.

Die Meßbörse für die Lederindustrie in nächster Michaelismesse wird
Dienstag, den 19. September ds. Js., Nachmittags von 2—4 Uhr
im Saale der „Neuen Börse“ hier abgehalten werden.

Leipzig, den 17. August 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 3556. Dr. Georgi. R.

Bekanntmachung.

Das von Frau **Amalie Friederike verw. Falcke geb. Landgraff** gestiftete **Stipendium** für einen dem Königreiche Sachsen angehörenden Studirenden der Rechte auf der hiesigen Universität soll von Michaelis d. J. an auf die Dauer von drei Jahren vergeben werden und zwar zunächst an einen **Verwandten des Kaufmanns Christian Gottfried Landgraff** in Hohenstein und erst in Ermangelung eines solchen an einen anderen auf hiesiger Universität die Rechte Studirenden.

Bewerber um dieses Stipendium fordern wir auf, bez. bei Verlust ihres Anspruches, sich bis zum 1. October d. J. unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse und Nachweise schriftlich bei uns zu melden.

Leipzig, am 7. August 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib 3728. Dr. Tröndlin. Müller.

Bekanntmachung.

Die **Ausführung der Freitreppenanlage zur 1. Bürgerschule**, wie sie bei Tieferlegung der Straße beabsichtigt ist, soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen und Unterlagen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 23, aus und können dort eingesehen oder gegen Entrichtung von 50 ₰, die auch in Briefmarken eingesendet werden können, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Freitreppe zur 1. Bürgerschule“
versehen in dem oben bezeichneten Geschäftszimmer **bis zum 26. August 1893** 5 Uhr Nachmittags einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 18. August 1893.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbaudeputation.
Ic. 4312.

Gefunden

oder als herrenlos angemeldet resp. abgegeben wurden vom 1. bis mit 15. August 1893 folgende, zum Theil auch schon früher gefundene oder von verübten Diebstählen herrührende Gegenstände:

2 silberne Cylinderuhren — eine mit Kapsel —, eine **Granatbrosche**, ein Granatarmband, eine Corallenkette, ein goldener **Trauring**, ein Medaillon, ein Carton mit div. Schmucksachen, drei **Klemmer**, darunter ein **goldener**, eine Brille mit Etui, ein Geldbetrag von **10 ℳ**, ein Portemonnaie mit **10 ℳ 40 ₰, 3 ℳ** und verschiedene mit geringeren Beträgen, **eine Anzahl Leihhausscheine**, eine braunlederne Brieftasche, 1 Pistol, eine große Flaggen-Quaste, 2 Sonnenschirme, 2 Spazierstöcke, ein Packet Posamenten, eine **Reisedecke**, ein seidener **Damenumhang**, ein Herren-Strohhut, 1 Paar Knabenstiefel, ein einzelner Stiefel, eine Rolle Traggurt, 32 Stück Petroleumbrenner, eine Wagenkapsel, eine Anzahl Schlüssel, eine Velocipedglocke, 2 Peitschen, ein flacher **Korb mit Deckel**, enth. **1 Weste und Hose** von schwarzem gestreiften Stoff, 2 Hüte, 1 Kinderbürste und 1 Wadenriemen, **2 Pferdedecken**, 6 große eiserne Haken, ein Bleiblock, **2 Stück vierrädrige** und **ein zweirädriger Handwagen**, ein Sack Kartoffeln, endlich 2 Canarienvögel, 1 Lachtaube, ein Cardinal und eine Schildkröte.

Zur Ermittelung der Eigenthümer wird dies hierdurch bekannt gemacht.

Gleichzeitig fordern wir auch Diejenigen, welche vom April bis Juli 1893 Fundgegenstände bei uns abgegeben haben, auf, diese Gegenstände zurückzufordern, anderenfalls hierüber den Rechten gemäß verfügt werden wird.

Leipzig, den 17. August 1893.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Ml.

Zum Capitel des Emissionswesens.

⊿ Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist bemüßigt worden, die in Nr. 397 des „Leipz. Tagebl.“ wiedergegebenen und in Nr. 401 besprochenen Mittheilungen der „Münchener Neuesten Nachr.“ über die bisherigen Ergebnisse der Börsenenquete für unzuverlässig zu erklären. Es kann dem gegenüber nur wiederholt werden, daß das Münchener Blatt in den wesentlichen Puncten recht berichtet hat, worüber sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ in — Börsenkreisen hätte informiren können. An mehr als einer Stelle macht das officiöse Dementi den Eindruck, als bezwecke es, gewisse Schichten der Börsenwelt zu beruhigen, und wird deshalb nicht ohne Mißbehagen aufgenommen. Wir theilen die Befürchtung, daß man der Börsenenquete an maßgebenden Stellen den Ausgang des Hornberger Schießens wünsche, vorerst nicht. Die Zeit ist auch wahrlich nicht dazu angethan, Vorschläge zur Bekämpfung von Geschäftspraktiken der verderblichsten Art die ernsthafteste Betrachtung und den besten Willen zu versagen.

Seit einigen Tagen weiß eine sehr beträchtliche Anzahl deutscher Capitalisten, daß sie für ihre einer amerikanischen Eisenbahngesellschaft geliehenen Gelder bis auf Weiteres keine Zinsen erhält; wie es mit dem Capital steht, wissen die Götter und die amerikanischen Macher. In mexikanischen Papieren hat Deutschland in neuerer Zeit einen enormen Capitalverlust erlitten, die argentinischen, portugiesischen, griechischen, sowie ungeheure, bei faulen Actiengründungen erlittene Einbußen sind vorhergegangen. Außer den bereits gestreiften Fragen des reinen Differenzgeschäfts und der Verleitung zum ruinösen Börsenspiel ist daher auch die Angelegenheit des Emissionswesens im höchsten Grade „actuell“. Die deutschen Vermögensverluste in Argentinien, Portugal und Griechenland werden ohne Uebertreibung auf viele Hunderte von Millionen geschätzt; von den in den letzten Jahren ausgegebenen 340 Mill. Mark mexikanischer Staatspapiere ist jedenfalls der größere Theil in Deutschland untergebracht worden. Diese Papiere, zum Theil zu 78¼, zum Theil zum Course von 93¾ ausgegeben, sind auf unter 54 gefallen. Das Bankhaus Bleichröder, dem die deutsche Volkswirthschaft die letztere Bescherung verdankt, hat mit der Einführung der Mexikaner allerdings ein fürstliches Vermögen „verdient“, man ist aber im heutigen Deutschland nicht mehr wohlerzogen genug, hierin einen Ausgleich für die vielleicht 60 bis 70 Millionen betragenden Verluste zu erblicken, welche das deutsche Publicum an diesen Papieren erlitten hat. Und auch nicht mehr naiv genug, zu glauben, das genannte Bankhaus habe nicht gewußt, daß die Preise, zu denen man den Capitalisten die mexikanischen Schuldverschreibungen aufhalste, der niedrigere Cours so gut wie der exorbitante von 93¾, in einem schreienden Mißverhältniß zu dem Werthe dieses Papiers standen. Dasselbe gilt natürlich von den Häusern, welche die erwähnten anderen ausländischen Effecten an den deutschen Markt gebracht haben.

Nun würde es aber geradezu eine Bankerotterklärung der jetzigen Gesetzgebung bedeuten, wenn sie nicht Mittel und Wege fände, einer solchen Schädigung des Nationalvermögens entgegenzutreten. Wenn ein Viehhändler dem Käufer eines Thieres gewisse Fehler desselben verbirgt, so wird der Handel dadurch hinfällig; wenn aber ein Bankier in „Prospecten“ einem Objecte den Schein eines doppelt so hohen Werthes verleiht, als es besitzt, so hat der Richter für die zum Kauf dieses Objects Verleiteten nichts als ein Achselzucken. Bei diesem Zustande kommt die Logik ebenso zu kurz, wie das volkswirthschaftliche Interesse, von der Gerechtigkeit nicht zu reden. Aber nicht nur kein Recht auf Entschädigung hat der also Mitgenommene, sondern auch nicht einmal einen gesetzlichen Anspruch an den Verkäufer auf Klarlegung der Verhältnisse des Gläubigers. Bei den Mexikanern z. B. ist es recht gut möglich, daß dieselben Leute, welche in Folge des ungerechtfertigten hohen Courses große Summen verdienten, einen zweiten „Schnitt“ machen in Folge eines unangemessen niedrigen Courses, den die Abgaben der durch Ungewißheit geängstigten Obligationeninhaber herbeiführen können. Solchen Zuständen gegenüber geräth man in der That in Verlegenheit, wenn man die socialdemokratische Behauptung von einem in unserem Wirthschaftsleben zu Tage tretenden Anarchismus bestreiten soll.

Es wird darauf hingewiesen, daß das österreichische Gesetz, das die Einführung ausländischer Werthe an den Landesbörsen von der Genehmigung der Regierung abhängig macht, keinen Schutz gegen Ausbeutung durch emittirende Firmen gewährt habe. Das ist richtig und wir schaudern vor dem Einwand zurück, daß das durch inländische Schwindelgründungen den sparenden Classen entfremdete Geld doch zumeist im Lande bleibt. Wenn aber die Cotirung nicht empfohlen werden kann und eine Emissionssteuer als Schutzmaßregel gleichfalls verworfen, ja sogar für bedenklich erklärt werden muß, da der Staat, indem er aus der Einführung eines unsoliden Papieres Nutzen zieht, gewissermaßen mit verantwortlich für dieselbe erscheinen könnte, so ist damit noch nicht zugestanden, daß die Allgemeinheit der Scrupellosigkeit gewisser Geschäftsleute gegenüber zur Wehrlosigkeit verurtheilt sei. Vorschläge haben in erster Reihe von Seiten der zur Börsenenquete Zugezogenen und der Regierung zu erfolgen. Vielleicht erwägt man hier und dort auch einmal den Gedanken, die Emissionshäuser mindestens bis zur Höhe ihres Emissionsgewinns (der „Marge“) für die Verluste der Reichsangehörigen haftbar zu machen.

Deutsches Reich.

‡‡ **Berlin,** 18. August. Die socialdemokratischen Führer brüsten sich bei jeder nur denkbaren Gelegenheit damit, für Zwecke der Sicherung des Bestandes des Vaterlandes, für Lösung von Culturaufgaben ꝛc. dem Reiche jede Forderung abgeschlagen zu haben, und wollen ihre Anhänger glauben machen, sie hätten so gehandelt, weil sie den Geldbeutel des Volkes geschont wissen wollten. Es ist schon häufiger in der Presse und während der letzten Tagung auch im Reichstage darauf hingewiesen worden, wie wenig eine solche Behauptung mit der Praxis der socialdemokratischen Führer im Einklange steht, die Arbeiter für socialdemokratische Parteizwecke geradezu auszupowern. Nun ist bisher immer auf diese Hinweise erwidert worden, es stände nicht so schlimm mit den Forderungen, welche die Parteicasse an die Arbeiter stellt. Wer jedoch näher in das socialdemokratische Parteigetriebe hineingesehen hatte, wußte, daß auch diese Erwiderung mit den Thatsachen nicht übereinstimmt. Jetzt nun bringt das officielle socialdemokratische Parteiorgan aus der Feder eines Abgeordneten die Bestätigung, daß die Forderungen, welche die socialdemokratische Partei an den Geldbeutel der Arbeiter stellt, geradezu ungeheure sind. Natürlich ist dieses Zugeständniß kein freiwilliges. Der betreffende Abgeordnete benutzt nur die Aufzählung dessen, was die Arbeiter für die politische Bewegung aufzubringen haben, um daran die Mahnung zu knüpfen, auch etwas mehr für die gewerkschaftliche Bewegung zu thun. Diese Aufzählung der an den Arbeiter von Partei wegen gerichteten Forderungen aber wirft ein charakteristisches Licht auf die Behauptung der socialdemokratischen Führer, wie ihnen die Sorge um den Geldbeutel des Volkes am Herzen liege. Nach denselben soll der Arbeiter heutigen Tages Mitglied des Wahlvereins, der Gewerkschaft, des Discutirclubs, der Landsmannschaften, des Sängerbundes, der Arbeiterbildungsschule, der Freien Volksbühne u. s. w. sein. Dazu kommen Beiträge für die Krankencasse, für die Invalidencasse, für den Streikfonds, für den Parteifonds. Mit diesem Zugeständniß kann man zufrieden sein. Man wird es jedesmal den Herren Socialdemokraten vor Augen halten, wenn sie sich darüber beklagen, daß Reich, Staat und Commune unerfüllbare Forderungen an das Volk stellten. Wenn die Arbeiter auch nur auf die Mitgliedschaft bei einigen der aufgezählten, bezüglich ihres schließlichen Nutzens höchst zweifelhaften Vereinigungen verzichten, so werden sie dadurch überreichlich die Mittel gewinnen, um ihren Beitrag zur Deckung der für Reich und Einzelstaaten nothwendigen Ausgaben leisten zu können.

* **Berlin,** 18. August. Die Spaltung im Lager der Polen, die bei dem Kampf um die Reichstagswahlen zuerst deutlicher in die Erscheinung trat, hat sich in letzter Zeit zu einer unüberbrückbaren Kluft erweitert. Die Hofpartei unter der Führung der Herren von Koscielski, von Komierowski und Genossen, die eine Annäherungspolitik an die Regierung vertritt, findet an der Volkspartei so erbitterten Widerstand, daß eine Versöhnung der beiden feindlichen Lager ausgeschlossen erscheint. Die Beschuldigungen, welche die Volkspartei gegen die Hofpartei erhebt, daß sie die „nationalen“ Interessen der Polen preisgebe, beantwortet diese mit dem Vorwurfe, daß die Volkspartei lediglich die zersetzenden und anarchistischen Elemente unter den Polen in sich vereinige, vor deren Agitationen im allgemeinen Interesse aller Polen gewarnt werden müsse. Als Nachklang zu den Reichstagswahlkämpfen spielt sich der Kampf vorerst in Versammlungen in Posen und Bromberg ab, die zumeist einen so tumultuarischen Verlauf nehmen, daß sie polizeilicher Auflösung verfallen. Es kann aber nicht zweifelhaft sein, daß sie in die bevorstehenden Landtagswahlen hinübergreifen werden und daß die Volkspartei für diese ihre eigenen Candidaten aufstellen wird. Die große Masse der Polen, die bisher dem feudalen Adel und der Geistlichkeit willenlos ergeben war und geduldig deren Führung folgte, will sich von diesem Einflusse frei machen. Sie hat in ihm eine Bevormundung auf politischem Gebiet erkannt, die sie unter allen Umständen von sich abschütteln will. Wie weit die Erbitterung gediehen ist, zeigen einzelne Vorgänge der jüngsten Zeit, die in der Vergangenheit der polnischen Bewegung ohne Beispiel dastehen. Daß ein Pole sich an einem Geistlichen vergreifen konnte, wie es in einer Wahlversammlung in Posen geschehen ist, zeigt, daß der frühere Einfluß der Geistlichkeit auf politischem Gebiet nicht mehr die unbedingte Anerkennung findet, die man ihm bisher zugestanden hatte, und die in Bromberg beschlossenen Vertrauenskundgebungen für den Abgeordneten v. Czarlinski dafür, daß er bei der Militairvorlage nicht mit der Hofpartei gegangen ist, lassen die gegen den Adel gerichtete Strömung zur Genüge erkennen. Eine Einigung zwischen beiden Gruppen ist, wie die „Voss. Ztg.“ hervorhebt, allein von der Rückkehr der Hofpartei zu der alten Protestpolitik zu erwarten, und für diese Rückkehr hat die polnische Fraction die Brücken hinter sich abgebrochen.

Y. **Berlin,** 18. August. (Telegramm.) In der gestern unter dem Vorsitz des bayerischen Bevollmächtigten Grafen von Lerchenfeld-Koefering abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde dem Entwurf einer Verordnung, betreffend die Erhebung eines Zollzuschlags für aus Finland kommende Waaren, die Zustimmung ertheilt, und der zollfreie Einlaß der von der Weltausstellung in Chicago zurückgelangenden Güter genehmigt.

═ **Berlin,** 18. August. (Telegramm.) Die „Post“ erfährt, die Conferenz zur Berathung der in Frankfurt vereinbarten Steuerreformvorschläge werde vornehmlich aus den Bundesstaaten beschickt werden, in deren Gebiet Tabak- und Weinbau vorkommt.

∞ **Berlin,** 18. August. (Telegramm.) Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht einen Erlaß des Handelsministers an die Oberpräsidenten, worin die Vorschläge für die Organisation des Handwerks, sowie Vorschläge zur Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk zur gutachtlichen Aeußerung mitgetheilt werden. Zugleich werden die Vorschläge nebst Erläuterungen veröffentlicht.

⁂ **Berlin,** 18. August. (Telegramm.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ polemisirt gegen den Artikel der „Nationallib. Corr.“, worin behauptet wird, das große Reichspostfaß dürfte bald leer laufen. Wie wenig der Verfasser sachkundig sei, gehe daraus hervor, daß derselbe den Ausfall der Postcasse von jährlich 11 Millionen durch Erhöhungen der Gehälter der niederen Beamten, sowie durch die unentgeltliche Besorgung der Reichsdienstsachen, der Soldatenbriefe und des Versicherungswesens mit mindestens 10 Millionen unbeachtet lasse. Diese 21 Millionen, die einen reinen Ueberschuß von 20 Millionen repräsentirten, ergäben mit den übrigen Abwürfen einen wirklichen Ueberschuß von 41 Millionen. Die Besorgniß des baldigen Leerlaufens des Reichspostfasses erscheine demnach völlig nichtig und der Hinweis auf Erhöhung der Posttarife werde wohl in allen Volkskreisen auf Widerstand stoßen. (Das Letztere ist zweifellos richtig; dieser Hinweis ist aber von ganz anderer Seite ausgegangen, als von der „Nationallib. Corr.“. Letztere wird die Antwort auf die seltsame Rechnung, welche die dauernden Ausgaben für erhöhte Beamtengehälter zu den Ueberschüssen zu zählen scheint, nicht schuldig bleiben. D. Red. d. „L. T.“)

— Wie wir kürzlich mittheilten, hat der Unterrichtsminister durch einen Erlaß an sämmtliche Provinzial-Schulcollegien die strengste Beobachtung der allgemeinen Verfügung vom 16. Juni 1892 von Neuem eingeschärft, wonach Kürzungen des Schulunterrichts wegen übergroßer Hitze stattfinden sollen. Diese Verfügung, die, nebenbei bemerkt, auf Anordnung des Kaisers erlassen ist, schreibt aber nicht allein, wie die „N. Pr. Ztg.“ meldete, den Ausfall des Nachmittags-Unterrichts, sowie einer etwaigen fünften Vormittagsstunde vor, wenn das hunderttheilige Thermometer um zehn Uhr Vormittags im Schatten 25 Grad zeigt, sondern sie besagt auch Folgendes: Eine Kürzung der Unterrichtszeit ist auch bei geringerer Temperatur nothwendig, wenn die Schulzimmer zu niedrig oder zu eng und die Schulclassen überfüllt sind. Auch wenn die betreffende Schulclasse während der vollen Zeit unterrichtet wird, müssen Kinder, die einen weiten schattenlosen Schulweg haben, von einem zweimaligen Gange zur Schule an demselben Tage befreit werden. Es bleibt zu erwägen, ob bei Schulen, die geräumige Spielplätze haben, unter Umständen der lehrplanmäßige Unterricht durch Jugendspiele unterbrochen werden kann. Die Entscheidung über Ausfall und Kürzung des Schulunterrichts in jedem einzelnen Falle trifft bei größeren Schulkörpern der Vorsteher der Schule, bei kleineren der Ortsschulinspector, und wenn ein solcher nicht am Orte ist, der Schulvorstand. — Die „Voss. Ztg.“ bemerkt hierzu:

„Schule und Lehrer sind heutzutage in übler Lage. Werden die erlassenen Vorschriften nicht genau befolgt, so wird von vielen Eltern die bitterste Klage erhoben, daß den Kindern durch die Schule an Leib und Leben Schaden zugefügt wird. Die Eltern verlangen aber auch, daß das Classenpensum absolvirt und die Kinder versetzt werden sollen. Geschieht das in Folge der vielen Stundenausfälle nicht, dann sind selbstverständlich nicht die Stundenausfälle, der heiße Sommer, sondern Schule und Lehrer schuld. Dessen sollen sich die Eltern bewußt bleiben, daß mit den vielen Stundenausfällen auch ein Zurückbleiben der Schüler verbunden ist. Wollen die Eltern, daß obige Vorschriften genau gehandhabt werden, sollen sie auch nicht murren, wenn die Schüler das vorgeschriebene Pensum nicht absolviren und länger in den Classen sitzen bleiben, insonderheit das Problem des Nürnberger Trichters noch immer nicht gelöst ist.“

* **Hamburg,** 17. August. Bei der heutigen Nachwahl zum Reichstage hat, wie der Telegraph schon meldete, der Socialdemokrat Molkenbuhr gesiegt. Unmittelbar vor der Wahl schrieb der „Hamb. Corr.“:

„Jede Nummer des „Echo“ bringt in den letzten Tagen die ergötzlichsten Bereicherungen des socialdemokratischen Wörterbuchs der Schimpfworte. Gestern haben wir schon einige der Wuthsprünge des tobenden Agitators unseren Lesern mitgetheilt. Heute sind neben den niederträchtigsten Verleumdungen und Entstellungen, die zu widerlegen der Mühe nicht verlohnt, wieder so hübsche Sprachbereicherungen geboten, daß sie weiteren Kreisen bekannt zu werden verdienen. Hebt sich nicht der neue Ausdruck „Ordnungsstrolch“ aus dem albernen Wortschwall von „blödem Gefasel“, „infamster Pöbelhaftigkeit“, „Millionen-Dieben“, „Schurkerei eines Narren“, „Lords-Hanswurst“ u. s. w. herrlich leuchtend hervor? Man denke sich eine Versammlung von „Ordnungsstrolchen“ und Herrn Molkenbuhr als ihren Propheten! Man glaubt immer, der Gipfelpunct des „Geistes“ in Erfindung von Schimpfworten sei schon erstiegen, und immer wieder leuchten neue glänzende Spitzen hervor. Das Gebahren ist genau das eines keifenden Marktweibes, das sich im Unrecht fühlt, und deshalb immer toller schreit und endlich mit dem Bewußtsein, wenigstens auf diesem Gebiete Allen über zu sein, das Feld behauptet. Andere Leute lachen erst über die kindische Wuth und ziehen sich dann angeekelt zurück. Wer wollte wohl den Kampf gegen solche Virtuosen der Pöbelhaftigkeit aufnehmen! Alle diese Ergüsse einer Wuthekstase können nur dazu dienen, die bürgerlichen Parteien in ihrem Vorgehen bei der Wahlagitation zu bestärken und zum energischsten Kampfe anzuspornen.“

Viel hat dieser Sporn nicht geholfen.

* **Gotha,** 18. August. (Telegramm.) Das heute ausgegebene Bulletin über das Befinden des Herzogs Ernst lautet: Vergangene Nacht gut; gestern schlief Se. Hoheit viel, Nahrungsaufnahme erschwert, aber ausreichend. Florschütz. Schwerdt.

(Wie der „Köln. Ztg.“ aus Eisenach telegraphisch mitgetheilt wird, meldet ein daselbst aus Reinhardsbrunn eingetroffenes Privattelegramm vom 17. d., der Herzog sei andauernd bewußtlos, die Schwäche nehme zu. D. Red. d. „L. T.“)

⊿ **Eisenach,** 18. August. Durch einige Zeitungen ging kürzlich die Nachricht, daß die Antisemiten eine umfassende Agitation im Eisenacher Wahlkreise vorbereiteten, um ihn bei einer voraussichtlich eintretenden Nachwahl zu erobern. Hier und im Wahlkreise selbst weiß man noch nichts davon, im Gegentheil ist und war die antisemitische Agitation jetzt und während der Wahlbewegung eine sehr schwache. Im vorigen Jahre war sie ungleich rühriger. Daß die Verbreitung des antisemitischen „Thüringer Landboten“ vornehmlich im Eisenacher Oberlande sehr zugenommen hat, ist bei den dort bestehenden wirthschaftlichen Verhältnissen und der damit zusammenhängenden Ausbeutung der Bewohner nicht zu verwundern, zumal da die vorhandenen Localblätter diesen Auswüchsen nicht zu Leibe gehen. Die einzige Agitation, die vorbereitet wird, ist die Gründung eines hier erscheinenden antisemitischen Localblattes.

SLUB
Wir führen Wissen.